

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

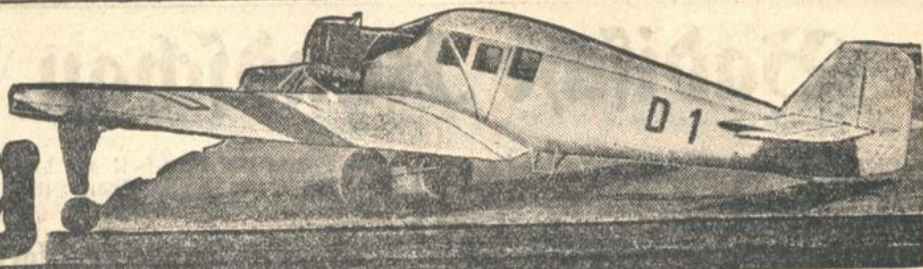
## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1933**

19.5.1933 (No. 137)





# Bremsklötze weg!



Das Lebensbuch eines deutschen Fliegers \* Von HERMANN KÖHL / (Copyright by Sieben-Stäbe-Verlag, Berlin.)

(77. Fortsetzung.)

## Ich bin frei!

In einem kleinen Wäldchen zog ich mich langsam an. Ein Teil meiner Sachen war verlorengegangen. Ich besaß nur noch den Rock, die Hose und meine Stiefel. Pudelnaß gelangte ich auf eine Straße und fand wenige Schritte weiter eine Ortstafel, auf der Chancy stand. Das mußte also die Schweiz sein, und ich hatte richtig denjenigen Ort erreicht, den ich mir auf meiner kleinen Karte zum Ueberqueren der Grenze angedacht hatte.

Aber noch war ich meiner Sache nicht ganz sicher. Jetzt, nachdem ich den endgültigen Sieg vielleicht schon erkämpft hatte, mußte ich ganz besonders Vorsicht walten lassen, denn auch nach meinem Abbruch war ich durch einen unglücklichen Zufall, obgleich ich mich den Franzosen bereits entkommen wähnte, doch noch in Gefangenschaft geraten.

Wie leicht war es möglich, daß die Nachkriegswirren Veränderungen auf der Landkarte gebracht hätten, von denen wir Kriegsgefangene nichts erfuhr. Und dann — wenn ich auch in der Schweiz war, es war ja doch die französische, in der ich immer noch Gefahr lief, so nahe der Grenze von ein paar gutgeheinten französischen Reuten gepackt und zur nächsten Gendarmeriestation geschleppt zu werden.

Sehr vorsichtig arbeitete ich mich an das Gebüsch heran, vor dem jene rote Lampe hing, die ich schon von der anderen Seite aus gesehen hatte. Als ich durch das Gebüsch ins Zimmer trat, sah ich an den Wänden lauter französische Plakate und Verordnungen hängen, und wieder stiegen in mir Zweifel auf, ob ich mich wirklich auf Schweizer Boden befand.

Nicht weit entfernt war eine Wirtschaft. Druß draußere düstere Licht, und ich sah an einem Tisch zwei Männer ins Gespräch vertieft. Vielleicht der Wirt und ein Arbeiter, die beim abschließlichen Schoppen zusammen saßen. Hier wollte ich mein Glück versuchen. Ich trat in die Stubbe und häutete mir zunächst den Rücken. Dann erst trat ich auf die beiden Leute zu und fragte sie:

„Est la France ici?“ Wenn ich mich nämlich noch in Frankreich befand, so war es weniger auffällig, diese Frage zu stellen. Die Leute sahen mich sehr erstaunt an, denn aus meinen Kleidern lief das Wasser in Strömen und bildete kleine Seen zu meinen Füßen. „Mais non, c'est la Suisse, Monsieur,“ lautete die Antwort. Ich tat sehr enttäuscht und fragte noch einmal, ob hier nicht doch französischer Boden sei. Aber die beiden Männer schüttelten die Köpfe und sagten, Frankreich sei auf dem anderen Ufer.

Jetzt erst hatte ich also Gewißheit. Und nun entzogen sich mir die Worte: „Dann bin ich frei!“ Was darin für mich lag, mußten die Augen wohl auch gefühlt haben. Sie zogen die Augenbrauen hoch und fragten: „Ja, sind Sie ein Dämon?“ Ich bejahte. Ein Wort gab es aber andere, und ich erzählte, daß ich von drüben gekommen war.

„Aber die Brud?“ Ich schüttelte den Kopf. Nein, ich sei geschommen. Aber das wollten sie mir nicht glauben, denn sie wußten, wie reichlich an jenem Abend die Rhône war.

Es waren gute Kerle, die mir gleich von ihrem Wein gaben. Ich trank einen Schluck, der mir wie Feuer durch die Kehle rann, und in mir stieg ein unbeschreibliches Glücksgefühl auf. Vergessen waren die Strapazen der langen Flucht, vorbei die Erschöpfung, die dem Kampf mit dem reißenden Strome gefolgt war. Der Sieg war erstanden. Denen dort drüben hatte ich nun doch ein Schnippchen geschlagen, brauchte ich nicht als Gefangener zu warten, bis man mich gnädig wieder in die Heimat zurücktransportierte.

Ich hatte mir meine Freiheit erkämpft! Obwohl die beiden Männer ganz ungefährlich schienen, fürchtete ich doch, daß sich meine geliebte Flucht im Dorfe herumsprechen könnte. Wie leicht konnten sich da ein paar Schweinehunde finden, die mit den Franzosen unter einer Decke stekten und mich doch noch um den Lohn meines Kampfes brachten.

Es erschien mir sicherer, mich unter den Schutz der Behörde zu begeben. Ich fragte die Leute, wo die nächste Gendarmeriestation sei. Sie zeigten mir das Haus mit der roten Lampe, und ich beschloß, dorthin zu gehen, um mich offiziell bei den Schweizer Behörden zu melden. Wenn man mich dann noch nach Frankreich hinübertrieb, so war dies ein Bruch des Völkerrechts. Die beiden Männer wollten mich zwar begleiten, aber ich verzichtete gern, und da es immer noch fürchterlich regnete, ließen sie mich nach allein wandern.

Lange mußte ich an die Tür der Gendarmeriestation pochen. Schlurfende Schritte — einer der beiden Gendarmen, die hier wohnten, öffnete mir und ließ mich ein. Ich erzählte ihm meine Geschichte. Er zog mich in seine Privaträume, seine Frau brachte mir ein heißes Gemü und eine Hofe von ihrem Mann,

während meine Sachen zum Trocknen aufgehängt wurden. Die Frage, ob ich Hunger hätte, brauchte ich gar nicht erst zu befragen. Ich bekam ein herrliches Essen: Corned beef aus Büchsen und Brot und Butter, soviel ich haben mochte. Ich aß und berichtete den netten Leuten von meinen Abenteuern.

Als wir uns zur Ruhe begeben wollten, brachte mich der Brigadier, der mir entweder nicht traute oder kein anderes Gästezimmer besaß, in den Keller und öffnete eine dicke Tür. Es war das Arrestlokal, in dem die unfröhlichen Kantonalisten eingesperrt wurden. Dort stand

eine Britsche, auf der viele Decken lagen. Dieses Lager wies er mir für die Nacht an und erklärte, daß er leider über keine andere Liegestätte verfügte.

Die Tür klappte zu, und der Riegel freischte im Schloß. Noch einmal war ich also Gefangener. Aber es war ein schöner Raum, sauber geweißt, und im Vergleich zu den französischen Gefängnissen, durch die man mich geschleift hatte, ein wahrer Salon. Ich lachte und freute mich; ich hatte frische Wäsche an, lag wie ein Prinz in meinen weichen Decken und war rasch ent schlummert.

Mitten in der Nacht wachte ich auf, rieb mir lange die Augen und überlegte, was eigentlich los war. Hatte ich nur geträumt, sah ich noch in Montoir oder gar in einem Gefängnis? Als ich dann aber die Decken sah und die Lampe, da freute ich mich unbändig und merkte erst jetzt, daß ich fürchterlichen Durst hatte. Neben meiner Britsche stand ein sauberer Krug mit frischem Wasser. Es mochten zwei bis drei Liter darin gewesen sein. Den hob ich hoch, setzte ihn an und ließ den erfrischenden Trunk so lange durch die Kehle rinnen, bis auch nicht ein einziger Tropfen mehr übrig war. Dann schloß ich fest, bis mich das Knirschen des Riegels weckte und der Brigadier mich zum Frühstück holte.

Das schwere Gewitter vom Vorabend, das mir so wunderbar geholfen hatte, war verzogen. Strahlender Sonnenschein drang durch die Fenster, und auf der anderen Seite des Flusses sah ich grüne Höhenzüge und Berge liegen: Frankreich. Und ich war frei...

Da meine Kleider noch nicht ganz trocken waren, wurden sie gebügelt. Inzwischen machte ich mir schnell aus meiner Widelgarnische ein Köppchen, und mit diesem etwas merkwürdigen Kopfputz marschierte ich neben meinem Brigadier zur Haltestelle der Strassenbahn, die nach Genf hinführte. Dort sollte ich bei der Kommandatur abgeliefert werden.

Im Dorfe hatte es sich schon herumgesprochen, daß ein Flüchtling des Nachts über die Rhône geschwommen war. Die Leute starrten vor den Häusern und starrten mich an, als wir vorübergingen. Viele freundliche und anerkennende Blicke trafen mich. Aber so mancher musterte mich finstern und verbissen. Es war schon gut gewesen, daß ich mich unter amtlichen Schutz begeben hatte.

In der Strassenbahn sah ich am Fenster. Immer weiter wichen die Höhenzüge des französischen Jura zurück. Und mein Gesicht strahlte vor Glück, ein Ausweis für mich... besser als alle Pässe der Welt, die ich hätte bei mir haben können.

Auf der Kommandatur wurde ich einem Kapitän vorgestellt, der meine Personalien vernahm und das deutsche Generalkonsulat verständigte. Nicht lange darauf erschien ein freundlicher Herr unserer Genfer Botschaft und übernahm mich zur Zurückleitung in die Heimat. Der Kalender zeigte den 16. September. In Montoir war ich am 9. entflohen. Ich hatte mich also genau eine Woche lang mit all den Schwierigkeiten und Gefahren herumgeschlagen gehabt.

Im Generalkonsulat, wo der damalige Generalkonsul Geißler, ein lebenswürdiger und hilfsbereiter Mann, amtierte, mußte ich natürlich noch einmal alle Daten zu Protokoll geben, denn es kam vor, daß Leute auf dem Konsulat erschienen, die in Wirklichkeit gar keine entflohenen Kriegsgefangenen waren, sondern Schwindler, denen es auf eine Unterstützung ankam. Aber meine Angaben waren leicht nachzuprüfen. Da ich aus Montoir kam, mußte ich selbstverständlich auch von Mendhoff zu erzählen, der vor mir geflohen und etwa zehn Tage vorher durch das Konsulat in die Heimat überführt worden war.

Mendhoff hatte die französische Grenze in der gleichen Gegend wie ich überschritten, jedoch war es für ihn leichter gewesen, weil er noch vom Frieden her mit den örtlichen Verhältnissen vertraut war. Man glaubte mir, und plötzlich war ich wieder der Hauptmann Köhl. Nicht mehr der gehekte und getriebene Flüchtling.

(Fortsetzung in der morgigen Ausgabe.)

## Der Prozeß gegen Gereke.

Der frühere Arbeitsbeschaffungskommissar vor Gericht.

# Berlin, 19. Mai.

Am Donnerstag begann vor der achten Großen Strafkammer beim Landgericht I der Prozeß gegen den früheren Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Landrat a. D. Dr. Günther Gereke, dem Betrag in drei Fällen und Untreue in einem Fall zur Last gelegt wird. Mit angeklagt ist der Sekretär Gerekes, der Verbandssekretär Arthur Freising, der der Beihilfe zum Betrug und der Untreue beschuldigt wird. Sowohl Reichskommissar Dr. Gereke, als auch Sekretär Freising befinden sich in Untersuchungshaft.

### Die Anklage.

Dr. Gereke wird zunächst beschuldigt, daß er durch Vorspiegelung falscher Tatsachen einen Generalversammlungsbeschluss des Verbandes der preussischen Landgemeinden, dessen Geschäftsführer er seit dem 1. Juli 1922 gewesen war, erwirkte, nach dem ihm im Jahre 1928 eine Aufwandsentschädigung in Form einer Umlage in Höhe von 76 000 RM. bezahlt wurde, obwohl er diese Geschäftsführung ehrenamtlich übernommen hatte. Hierin sieht die Anklage den ersten Betrugsfall. Ferner wird er über die geringe Ertragsfähigkeit der Verbandszeitschrift „Die Landgemeinde“ den Verband zur Zahlung eines Zuschusses in Höhe von etwa 30 000 RM. im März, sowie später im Jahre 1929 zur Uebertragung der Zeitschrift auf ihn persönlich veranlaßt zu haben. Dr. Gereke soll dadurch seit 1925 jährlich einen Verdienst von etwa 100 000 Mark erzielt haben. Dies ist der zweite Dr. Gereke zur Last gelegte Betrugsfall. Auch seine Tätigkeit als Bevollmächtigter anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1932 gebildeten überparteilichen Hindenburg-Ausschusses wird in dieser Verhandlung eine Rolle spielen, da Dr. Gereke ferner vorgeworfen wird, Wahlgelder von mehreren hunderttausend Mark, die durch Sammlungen aufgebracht worden waren, durch Vorspiegelung falscher Quittungen in seine Verfügungsmacht gebracht zu haben. Der dritte Betrugsfall wird ebenfalls in diesem Zusammenhang erörtert, insofern als Dr. Gereke für seine Tätigkeit im Hindenburg-Ausschuss Auslagen in Höhe von 30 000 Mark liquidierte, die der Kassierer des Hindenburg-Komitees auch zahlte.

### Gerekes Vernehmung.

Dr. Gereke gab dem Gericht zunächst einen Ueberblick über den bisherigen Lauf seines Lebens und erklärte, daß er sich schon während des Krieges an der Gründung der Vaterlandspartei mitbeteiligt habe, daß er nach der Revolution als Beamter stets sich gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen habe und schließlich der Deutschnationalen Volkspartei beigetreten sei, als deren Vertreter er auch in den Kreistagsauschuss von Torquand und in den Provinziallandtag Merseburg gewählt worden sei. Den Verband der preussischen Landgemeinden will Dr. Gereke aus kleinste Anfängen durch persönliche intensive Arbeit aufgebaut haben. Er erklärt, daß ihn bei dem Aufbau des Verbandes niemals kommerzielle, wirtschaftliche Interessen, sondern ausschließlich ideale politische Motive geleitet hätten. Im Interesse seiner politischen Freiheit habe er auf Pensionansprüche verzichtet und sei von seinem Landratsposten geschieden, lediglich um ungehindert seiner nationalen Berufung dienen zu können.

Zu dem Vorwurf des unberechtigten Bezuges einer Aufwandsentschädigung betonte der Angeklagte Dr. Gereke, ihm habe an sich eine Aufwandsentschädigung von 15 000 RM. im Jahr zugestanden, die er aber niemals in Anspruch genommen habe. Die Anklage steht auf dem Standpunkt, daß der Angeklagte einmal 42 000 und einmal 32 000 RM. verschleiert als Aufwandsentschädigung bekommen habe, so daß er später zu unrecht eine Aufwandsentschädigung von 74 000 RM. nachforderte. Der Angeklagte wehrt sich gegen den Vorwurf sehr entschieden und betont, es handele sich um „Koggenipenden“, die er im Sinne der Spender für politische Zwecke verwandt habe.

Es wurde dann das Verhalten Dr. Gerekes anlässlich der Hindenburg-Wahl erörtert. Das Hindenburg-Komitee hatte sich die Aufgabe gesetzt, mit Mitteln, die ihm aus Spenden auslösen, die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg zu fördern. Diese vorhandenen Be-

träge wurden aber nicht reiflich verbraucht. Rechtsanwalt Langbehn stellte den Antrag, wegen Gefährdung der Staatsicherheit die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Staatsanwalt widersprach. Das Gericht stellte eine Beschlussfassung zurück.

Dr. Gereke beklagte, daß erhebliche Mittel hereingekommen seien, deren Verteilung er selbst an die etwa 1000 Hindenburg-Ausschüsse in den einzelnen Städten bestimmt habe. Von den so herbeigekommenen Geldern blieb schließlich ein erheblicher Betrag übrig. Er habe es als rechtsstehender Mann nicht genug sein lassen wollen mit der Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg. Dieser Sieg habe er richtig ausgemertet werden müssen, nämlich im Sinne der Fortführung einer nationalen Hindenburgpolitik, der Schaffung der Präsidialgewalt und Lösung von Parlamentarismus. Um für die Erreichung dieses Zieles die notwendigen Mittel für die Propaganda zu haben, seien diese Ueberhälle zurückbehalten worden.

Sein Sekretär Freising habe ihm vorgeschlagen, diese Gelder mit falschen Rechnungen zu belegen. Das sei ferner ein trummer Weg gewesen, aber es habe ihm das politische große Endziel vorgeschwebt. Selbstverständlich habe er über den Zweck der Verwendung der Gelder Verhandlungen geführt. Mit erhöhter Stimme fährt Dr. Gereke dann fort: Ich müßte ja irrsinnig sein, auf diese schäbige Art persönliche finanzielle Vorteile für mich zu erlangen. Wer mich wirklich kennt, kann nicht auf einen solchen Gedanken kommen. Er habe es, so schloß Dr. Gereke, für seine staatspolitische Pflicht gehalten, diese Gelder für den angegebenen Zweck zurückzubehalten.

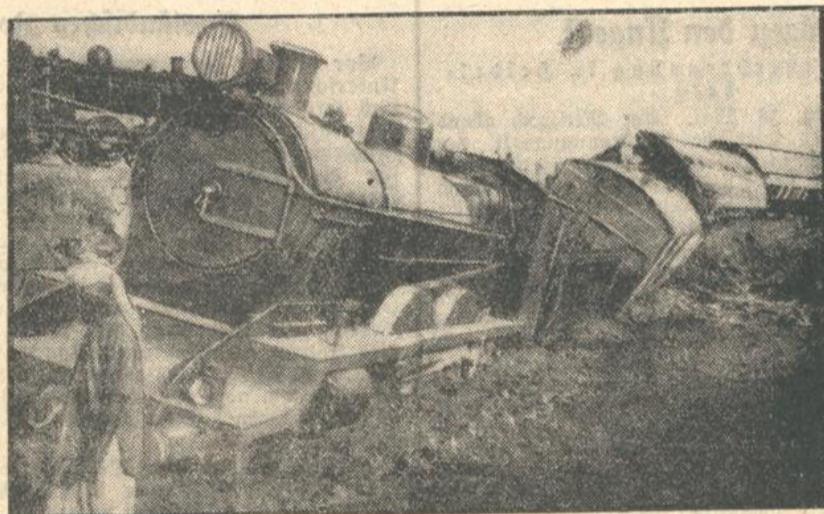
Am weiteren Verlauf des Prozesses ergeben sich bei der Vernehmung des mitangeklagten Freising teilweise Widersprüche mit den Aussagen des Hauptbeschuldigten, die aber, wie der Vorsitzende erklärt, in der Beweisaufnahme geklärt werden würden.

Vorsitzender: Wie kamen Sie eigentlich zu der Beschuldigung gegen Dr. Gereke, dem Sie doch zu großem Dank verpflichtet sein müßten?

Der mitangeklagte Sekretär Freising beklagte, daß der Ueberbruch von 450 000 Mark aus den eingegangenen Wahlgängern auf dem Konto Landpostbüro gelegen habe; doch sei über diesen Betrag nicht verfügt worden. Auch das Kuratorium der Hindenburgspende habe nicht darüber verfügt. Als sich Dr. Gereke diesen Betrag dann habe überweisen lassen, seien ihm Bedenken gekommen. Nach schweren feilschen Kämpfen habe er dann Ministerialrat Schellen davon Mitteilung gemacht.

Die Verhandlung wurde daraufhin vertagt. Am Samstag wird Ministerialrat Schellen als Zeuge vernommen.

## Eisenbahnunglück im Pundschar.



Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Durma und Burhee im Pundschar, Indien, entgleiste ein Zug infolge Fehlens einer Eisenbahnschiene, die mutwillig beseitigt worden war. Bei diesem Unglück kamen zahlreiche Personen ums Leben. Unser Bild zeigt die Lokomotive, die sich tief in die Erde geschoben hatte.



Billig und gut kaufen Sie in KAISER'S KAFFEE GESCHAFT



# Badische Rundschau.

## Warnung vor Steuerfabotage.

Von verschiedenen Kreisen wird die Zahlung der zu Recht bestehenden Steuern des Staates und der Gemeinden zu umgehen versucht. Zur Sicherung des Kultur- und Wirtschaftslebens des Landes Baden und zur Durchführung der Aufgaben der nationalen Regierung, die in weitem Maße den Vermitteln unseres Volkes wieder zum Brot verhelfen sollen, kann es unter keinen Umständen geduldet werden, daß dem Staat und den Gemeinden die unbedingte erforderlichen Steuermittel vorenthalten werden.

Die badische Regierung hat schon in der ersten Zeit ihres Wirkens durch einen großzügigen Nachlaß der überhöhten Grund- und Gewerbesteuer, der Gebäudebesondersteuer in begründeten Einzelfällen und der Fleischsteuer die bestehenden Härten zum großen Teil gemildert. Die Regierung erwartet daher, daß alle Steuerpflichtigen nach besten Kräften ihren staatsbürgerlichen Verpflichtungen nachkommen. Wer trotzdem die Zahlung der Steuern zu umgehen versucht, hat rückwärts-Lose Bekämpfung zu gewärtigen und muß es sich gefallen lassen, daß er als Gegner der nationalen Regierung gebrandmarkt wird.

## Gleichschaltung im Arbeitsdienst.

Eine besonders erfreuliche Tatsache ist die Feststellung, daß sich nunmehr auch die Badischen Hochschulbünde für Arbeitsdienst ebenfalls in den nationalsozialistischen Arbeitsdienst, der im Verein zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte Baden e. V. verankert liegt, unterstellt haben. Die verschiedenen Lager der Badischen Hochschulbünde für Arbeitsdienst werden nun in den Verein zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte Baden e. V. eingegliedert und dem Ganzen der Arbeiterhilfe, der Arbeiterkameraderbund. Das beschlagnahmte Vermögen und alle Einrichtungsgegenstände der aufgelösten marxistischen Wohlfahrtsvereine sind dem nationalsozialistischen Wohlfahrtsdienst bzw. dessen örtlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

## Auflösung marxistischer Wohlfahrtsverbände.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Durch Erlaß vom 30. März 1933 wurden folgende marxistische Wohlfahrtsvereine aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt: Die Internationale Arbeiterhilfe, die Arbeiterkameraderbund. Das beschlagnahmte Vermögen und alle Einrichtungsgegenstände der aufgelösten marxistischen Wohlfahrtsvereine sind dem nationalsozialistischen Wohlfahrtsdienst bzw. dessen örtlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

## Freizügigkeit der Gerichtsreferendare.

Anlaßlich einer Besprechung der Justizminister der Länder, die am 6. Mai ds. Js. in Stuttgart stattfand, wurde auch nach einer amtlichen Mitteilung die Frage der Freizügigkeit der Referendare erörtert, d. h. die Möglichkeit der Ausbildung der Referendare eines Landes in einem anderen Land.

Der badische Justizminister hat im Hinblick auf diese Besprechung dem Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und die Erneuerung der Rechtsordnung über die badische Regelung dieser Frage berichtet. Hiernach wird schon seit langem, hervorgehend aus der zunächst nur für Kriegsteilnehmer getroffenen Regelung, außerbadischen Referendaren weitgehend die gleiche Ausbildung bei badischen Justizbehörden gestattet. Ebenso dürfen natürlich badische Referendare, soweit die außerbadischen Justizbehörden dies bis jetzt zuließen, ihren Vorbereitungsdienst teilweise auch außerhalb Badens zubringen.

## Gegen den Ungeiß.

Die Bühnenverbrennung in Heidelberg.

(Heidelberg, 18. Mai. Am Mittwoch abend fand hier der feierliche Verbrennungsakt der jüdisch-marxistischen und antinationalistischen Literatur statt. Der Abend wurde eingeleitet durch einen Vortrag beim Kampfbund für deutsche Kultur, bei dem Dr. Berlinger-Mannheim über „Volkswirtschaft und Kultur“ sprach. Inzwischen bewegte sich ein Fackelzug durch die Straßen zum Univeritätsplatz, an dem der nationalsozialistische Studentenbund, die Korporationen, Abordnungen der SA und SS, des Stahlhelm, sowie andere nationale Verbände teilnahmen.

Die Teilnehmer des Juges bildeten auf dem von zusammengekommenen Fackeln hell erleuchteten Platz ein Karree. Sodann begann der eigentliche Verbrennungsakt, der mit einer Rede des Vorsitzenden der Heidelberger Studentenschaft, Scheel, eingeleitet wurde. Er erinnerte an die Pflicht, die diese symbolische Verbrennung — während seiner Ausführungen wurde der errichtete Scheiterhaufen angezündet — für die deutsche Studentenschaft mit sich bringe. Nach Scheel sprach Dr. Lingens (NS.), dessen Rede ausklang in „Deutschland, Deutschland über alles“, in das die Menge begeistert einstimmte. Den Abschluß der

Feier bildete ein Sieg-Heil auf das neue Deutschland und seinen Führer Adolf Hitler und der Gesang des Horst-Wessel-Liedes.

## Gaskatastrophe in Pforzheim.

39 Arbeiterinnen erkrankt.

Pforzheim, 18. Mai. In den Fabrikanlagen der Bijouteriefabrik Schmidt-Staub und Co. sind in den Mittagsstunden des Donnerstag zehn Hilfsarbeiterinnen durch ausströmendes Reichtgas erkrankt und mußten ins Städtische Krankenhaus eingeliefert werden. Zwei von denselben sind stärker vergiftet, während bei den übrigen nur leichtere Vergiftungen vorliegen und mit ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus in Bälde gerechnet werden kann. Der Unfall ist auf das Undichtwerden eines Gashahnes zurückzuführen.

## Bereinsleben im Lande.

### Jahresversammlung des Polizeibeamtenvereins Rastatt-Land.

Rastatt, 16. Mai. Am letzten Sonntag taaten in Rastatt die Polizeibeamten des Bezirks Rastatt-Land. Der Vorsitzende des Vereins, Polizeiwachtmeister Maier, konnte 40 Kollegen aus dem ganzen Bezirk begrüßen. Er forderte die Anwesenden auf, auch in Zukunft sich treu in den Dienst für Volk, Staat und Vaterland zu stellen.

Das Generalversammlungsprotokoll vom Vorjahre, verlesen vom Schriftführer Stadlmaier aus Gaggenau, wurde aufgegeben. Der Kassenbericht des Kassiers Maier aus Gaggenau zeigte einen erfreulichen Aufschwung in den Kassenverhältnissen. Nun erarbt der erste Vorsitzende nochmals das Wort zu einem längeren Referat über bereits eingetretene oder in nächster Zukunft zu erwartende Ereignisse im Bereich der Polizeibeamten. In einem Schlusswort beachte der Vorsitzende der unermüdlichen Arbeit des Landesvorsitzenden Singer aus Schwetzingen. Mit einem Dankeswort an die nationale badische Regierung schloß Polizeiwachtmeister Maier seine Ausführungen.

Die Neuwahlen änderten das Aussehen der bisherigen Vorstandschaft so auf wie gar nicht.

### Gründung eines Tabakbauvereins.

Rheinbörschheim, 16. Mai. Kürzlich hatte Bürgermeister Scherz in den Tabakbauverein zur Gründungsversammlung eingeladen. Zahlreiche Interessenten waren erschienen. Eingangs begrüßte Bürgermeister Scherz die erschienenen. Alsdann gab er bekannt, daß man der Landwirtschaftskammer sich anschließen wolle. Hierauf erarbt Herr Weich Willstätter von der Landwirtschaftskammer das Wort, indem er sich eingehend mit Fragen des Tabakbaues beschäftigte. Nachdem noch weitere Fragen des Tabakbaues besprochen waren, schritt man zu den Wahlen. Als 1. Vorstand wurde Bürgermeister Scherz erwählt, als 2. Karl Erhardt.

### Jahrestagung des Murgau-Militärverbandes.

Der Murgau-Militärverband im Badischen Militärbund tagte in einer ausnehmend gut besuchten Jahrestagung in Gausbach-Forbach unter der Präsidenschaft von Fabrikant Kahle aus Gernsbach. Es war seit langer Zeit wieder das erste Mal, daß sämtliche Gauvereine vertreten waren. Ein Fackelzug durch das schmale Gebirgsdorf zeigte einmal wieder alle die alten Veteranen aus den Murgauorten, die doch so lange beiseite geschoben waren.

## Devisenersparnis durch Erdöl-Raffination.

### Ein Projekt zur Arbeitsbeschaffung.

### Ausländisches Rohöl soll in Deutschland veredelt werden.

Vor kurzem hörte man, daß in Zukunft ein Unterschied in Zollätzen zwischen rohem Erdöl und Erdölraffination gemacht werden soll, wie es in anderen europäischen Ländern schon lange geschieht. Damit würde ein kräftiger Impuls für die Erstellung von Erdölraffinerien in Deutschland gegeben sein, worüber an maßgebenden Stellen bereits verhandelt wird.

Die bisher importierten Raffinate (Benzin, Schmieröl usw.) würden ersetzt werden durch Rohöl, das im Inland teils in den vorhandenen, teils in neu zu erbauenden Raffinerien veredelt werden soll. Der Plan geht dahin, in drei bis vier Jahren Bearbeitungsanlagen für mehrere Millionen Tonnen Jahresproduktion in Betrieb zu setzen, um nach vollkommener Inbetriebnahme den Bedarf Deutschlands im Inland decken zu können.

Hiermit würde eine Devisenersparnis von 70 bis 100 Millionen RM. jährlich verbunden sein.

die sich verdoppeln könnte, wenn der bis jetzt noch kleine Verbrauch — der bekanntlich pro Kopf der Bevölkerung nur einen Bruchteil des Verbrauchs in anderen Kulturstaaten beträgt — bei steigender Konjunktur sich erhöhen würde. Eine mit dem Reich in Verbindung stehende Ge-

## Vom Lastwagen überfahren.

Ein Knabe getötet.

Bruchsal, 18. Mai. Gestern mittag sprang der fünfjährige Walter Reichert beim Spielen mit anderen Knaben vor dem Damiansstor plötzlich aus dem inneren Torbogen auf die Fahrbahn, wo er von einem Lastkraftwagen erfasst und getötet wurde. Den Fahrer trifft keine Schuld. Der innere Zugang auf die Fahrbahn gehört abgeperrt.

## Treffen ehemaliger Schulkameraden.

Reihsheim, 15. Mai. Vor einigen Tagen trafen sich die Angehörigen der Jahrgänge 1872 und 1873 der Gemeinde zu einer gemeinsamen Geburtstagsfeier. Schneidermeister Albrecht begrüßte die erschienenen 20 Greise und Greisinnen. Der Ortsgeistliche ehrte die Anwesenden durch eine Ansprache. Am Abend wohneten die Jubilare geschlossen der Maiandacht an. Später feierte man noch lange in gemütlichem Beisammensein frohes Wiedersehen.

## Schädlingsbekämpfung.

Freiburg i. Br., 17. Mai. Das Badische Weinbauinstitut gibt bekannt:

Die starken Regenfälle am 7., 12. und 14. Mai haben trotz der teilweise herrschenden niedrigen Temperatur doch höchst wahrscheinlich Infektionen der kleinen Rebläuter durch die Winterformen des Peronosporasporangiums bedingt. Unter Berücksichtigung der frühen Witterung, die vom 9. Mai ab einsetzte, dürfte mit einem Ausbruch der Peronosporakrankheit vom 25. Mai ab zu rechnen sein. In fern um jene Zeit Regen niedergeht. Nur vereinzelte Ausbrüche werden vielleicht in einigen Tagen zuvor in jenen Lagen zu bemerken sein, in welchen die Rebläuter am 3. Mai schon weit genug entwickelt waren.

Auch die Wotten des Heuwurmes fliegen seit Ende April, werden aber durch die kalte Welle am 9. Mai ebenfalls zurückgehalten. Die wärmere Witterung setzte der Flug immer wieder erneut ein.

Um Peronospora und Heuwurm gründlich zu bekämpfen, müssen die Ertragsreben bis zum 25. Mai zum erstenmal mit arbeitsintensiven Kupferbrühen bespritzt sein. Dabei ist vor allem darauf zu achten, daß die Blattoberseiten und die Gabelne gut vom Spritzstrahl getroffen werden.

## Einweihung der Carl-Benz-Stube in Marzell.

Marzell, 16. Mai. Am vergangenen Sonntag fand hier in der Marzeller Mühle eine Einweihungsfeier anlaßlich der offiziellen Inbetriebnahme der neu errichteten „Carl-Benz-Stube“ statt, der u. a. Bürgermeister Hagen von Lodenburg amwohnte. Der ebenfalls erschienenen Witwe des Dr. Carl Benz wurde vom Eigentümer der „Marzeller Mühle“, Herrn Klöpper, ein Waldstück von der Heimat der Väter des Erfinders überreicht. (Bekanntlich befindet sich der Stammsitz der Benzischen Familie umweil Marzell in Pfaffenrot.) Im Anschluß daran schloß sich eine kleine Familienfeier an, in der Bürgermeister Hagen den großen Erfinder feierte.

## Kleine Rundschau.

Leutschneuren, 18. Mai. (Todesfall.) Gestern starb der älteste Einwohner der hiesigen Gemeinde, Jakob Mich. Glutsch, im 93. Lebensjahr.

Salem = Stefanfeld, 18. Mai. (Gemeindevorstand.) In der ersten Sitzung des neuen Gemeindevorstandes unter Vorsitz des Bürgermeisters Sorg wurde beschlossen, Reichspräsident von Hindenburg, Reichsminister Adolf Hitler, Reichsstatthalter Robert Wagner und SA-Obergruppenführer Ludin das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Salem zu verleihen. Die Annahme des Antrages erfolgte mit einstimmiger.

Leutschneuren (bei Rehl), 18. Mai. (Wundtätigkeit.) Ein Jagdausflug am Sonntag wurde durch einen Jagdausflug aus Nuhenheim angelehnt, der die Knaben anheimelnd für Rehe beide Kinder erlitten durch Schrote derart erhebliche Verletzungen, daß sie in ärztliche Behandlung verbracht werden mußten. Der vorrichtige Schütze wurde zur Anzeige gebracht.

Schwefingen, 17. Mai. (Bom Ertrinken droht.) War hier ein fünfjähriger Knabe, der in der Leimbach gefallen und abgetrieben war. Vorbeifahrender Mann sprang dem Kind nach und rettete es an das schützende Ufer.

Heidenburg, 17. Mai. (Aus der Fremdenlegion zurück.) Am Freitag wurde ein aus der Fremdenlegion zurückgekehrter deutscher Staatsangehöriger von den französischen Behörden über die Gruppe abgeholt. Er wurde von der deutschen Gendarmerie festgenommen, da er von einem deutschen Gericht wegen Diebstahlsvergehens gesucht wird.

Heidelberg, 18. Mai. (Hafentastungen.) Bei der Angelegenheit der Gemeinnützigen Bauvereinsgesellschaft Neu-Heidelberg verhafteten Ortsamtsmitglieder Hartmann, Holl und Rint wie wir erfahren, wieder aus der Haft entlassen worden.

## Spargelmärkte.

bl. Aniesinger Spargelmarkt: Zufuhr 4 Zentner. Preise: I. Qualität 30-35, II. 25-30, III. 15. Markt geäuert.

bl. Eggensteiner Spargelmarkt: Zufuhr 10 Zentner. Preise: I. Qualität 40, 2. 25, 3. 15. Markt lebhaft.

Heidenburg, 18. Mai. Zufuhr 10 Zentner. Preise: I. Sorte 40, 2. Sorte 25, 3. Sorte 10. Marktverlauf lebhaft.

bl. Grabener Spargelmarkt: Zufuhr 25 Zentner. Preise: I. Qualität 40-45, II. 30-35, III. 10. Handel lebhaft.

bl. Schwefinger Spargelmarkt: Zufuhr 30 Zentner. Preise: I. Qualität 40-45, II. 30-35, III. 15. Marktverlauf lebhaft.

## Ämtliche Nachrichten

Ernennungen, Verleihungen, Zurücksetzungen der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern, des Unterrichts und der Justiz.

Abteilung Justiz:

Verlegt: Justizoberinspektor Johann Stimmann an n beim Amtsgericht Rehl zum Amtsgericht Linde.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes am 1. August 1933: Obergerichtssozialreferent Johann Beck beim Amtsgericht Mannheim, Kanalarbeiterreferent Ernst Scholz beim Landgericht Freiburg, Oberassistent Johann Ecker bei den Strafanhalten in Bruchsal.

Verstorben: Gerichtsreferent Wilhelm Hiltl beim Landgericht Mannheim, Justizassistent Robert Hof beim Amtsgericht Schoßheim.

**10% Jubiläums-Rabatt** auf alle Waren **nur heute u. Samstag 20. v. Rud. Hugo Dietrich**

# Festsetzung des neuen Bürgerausschusses.

## Feierliche Wahl der neuen Bürgermeister und Ehrung verdienter Männer. Der Bürgeraal im Festsaal. — Einmütige Zustimmung zur neuen Stadtverwaltung.

Zu der ersten Sitzung des neuen Karlsruher Bürgerausschusses hatte der Bürgeraal des Rathauses feierlichen Schmuck erhalten, die Stirnseite schmückte eine riesige Fahnenkreuzfahne, rechts und links hingen schwarz-weiß-rote Fahnen, im Hintergrund die Farben des Landes Baden und der Stadt Karlsruhe, von allen Säulen hingen Girlanden herab und Vorbeerbäume umgaben den Tisch der Bürgermeister. Kurz nach 3 Uhr erschien unter Vorantritt der neuen Bürgermeister geschlossen die nationalsozialistische Fraktion in Uniform, es folgten die Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und des Zentrums, mit Orden und Ehrenzeichen geschmückt. Die Sozialdemokraten blieben der Sitzung fern. Den ganzen rechten Sektor des Saales, der infolge der Verkleinerung der Zahl der Mitglieder weit weniger Stühle als vorher enthält, nahmen die Nationalsozialisten ein, links saßen die Zentrumstreiter, dahinter die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft. Die Stadträte haben rechts vom Bürgermeister, der Stadtverordnetenvorstand links Platz genommen. In Anwesenheit von 48 Mitgliedern eröffnete der kommissarische Oberbürgermeister Jäger die Sitzung mit folgender



Erklärung des Gemeindevormögens ist eine Selbstverständlichkeit. Die Arbeit ist eine vielseitige und umfangreiche, ist doch die Stadtverwaltung der größte Grundbesitzer, der größte Kapitalbesitzer, der größte Betriebsunternehmer, aber auch der größte Schuldner innerhalb der Gemarkung. Das Vermögen der Stadt ist in freiem Steigen begriffen durch Erstellung, Verbesserung und Ausbau von Werken und Unternehmungen aus Anlehensmitteln, deren rasche Tilgung und Abschreibung zwangsläufig immer neuen Vermögenszuwachs bedeutet. Volkswirtschaftlich ist dieser Verlauf nicht erwünscht. Es scheint uns richtiger, daß nicht die Gemeinde als solche reich wird, sondern daß es deren Einwohner werden. Wohlhabende Bürger und eine tüchtige Arbeiterschaft sind für den Bestand einer Gemeinde wertvoller, als ein reicher Besitz der toten Hand.

### Eröffnungsansprache.

„Meine Damen und Herren!  
Als kommissarischer Oberbürgermeister eröffne ich die heutige Bürgerausschusssitzung, die rein äußerlich schon ein anderes Gepräge hat als ihre Vorgängerinnen. Der heutige Bürgerausschuß ist nicht gewählt nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung, er ist sozusagen berufen von der Staatsregierung, allerdings unter Zustimmung der Ergebnisse der letzten Reichstagswahl. Die NSDAP ist auf Grund der Wahlergebnisse in den heutigen Bürgerausschuß eingegangen mit einer absoluten Mehrheit; sie wird daher maßgeblich die Geschicke der Stadt und ihrer Bewohner beeinflussen.  
Wir NS sind uns der daraus sich ergebenden Verantwortung bewußt, wir sind bereit dieselbe zu fordern und zu übernehmen; wir werden dabei uns auch der Mitarbeit der anderen Parteien erfreuen.  
Die Zahl der Stadtverordneten ist durch Regierungsverordnung gefürzt von 84 auf 46, der Stadträte von 24 auf 14; durch die heute zu erlassende Gemeindeordnung ist die Zahl der Bürgermeister auf 2 herabgesetzt gegen bisher 4. Im

ganzen besteht der Ausschuß aus 61 Mitgliedern gegen 112 bisher.  
Die Stadt Karlsruhe ist als Landeshauptstadt der Sitz des Reichstatthalters, der badischen Ministerien, Landes- und Reichsbehörden, sie hat damit die Verpflichtung, besonders loyal und freudig sich der Regierung zur Verfügung zu stellen, sie erhofft aber auch wohlwollende Beurteilung und Unterstützung der Belange der Stadtverwaltung.  
Ich bitte die versammelten Mitglieder des Bürgerausschusses und bitte Sie, auch ihrerseits als oberste Richtschnur ihrer Amtsführung das Wohl des Volkes, unserer Mitbürger, achten zu lassen.  
Dann gibt der Oberbürgermeister bekannt, daß die Sozialdemokraten der Sitzung fern bleiben werden, nicht weil sie sich an der Ehrung für die Vorkämpfer des Nationalsozialismus nicht beteiligen wollten, sondern weil man sie von allen Ausschüssen ausgeschlossen habe. Namens der national-

sozialistischen Fraktion gab Stadtrat Worch eine Erklärung ab, daß die Vertreter des Marxismus überhaupt von der Mitarbeit ausgeschlossen werden müßten, und daß auch die Vertreter des Liberalismus sich als von den Sitzungen ausgeschlossen betrachten dürften. Während dann die beiden zu wählenden Bürgermeister den Saal verließen, wurde unter dem Vorsitz von Stadtrat Worch die Wahl des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters vorgenommen, die mit 45 Stimmen bei einer Enthaltung die Wahl der beiden kommissarisch hestellenden Vertreter der NSDAP ergab. Einmütig wurden dann die Gehälter der neuen Bürgermeister genehmigt. Von lebhaften Heilrufen begrüßt, betrat dann die beiden neugewählten Stadthaupter wieder den Sitzungssaal und nahmen die Glückwünsche entgegen. Aus Anlaß der Wahl wurde dann eine kleine Feier veranstaltet, wobei nach einem Musikvortrag der Feuerwehrkapelle der Männergesangsverein Silberbund den Chor „Grüß Gott“ von Moke sang.

### Personalpolitik.

Die der Gemeinde verliehenen und von ihr auszuübenden Hoheitsrechte, sowie die Verwaltung des Gemeindevormögens erfordern einen ausgebildeten, pflichttreuen und verantwortungsbewußten Beamtenkörper. Solange die Beamtenschaft ihre Pflicht tut, hat sie auch Anspruch auf Achtung und Ansehen, die ihrem Amte und ihrer Arbeit zuteil werden. Es sollte nicht vorkommen, daß einzelne Mitbürger glauben, für irgend eine Vertimmung irgend einen Beamten verantwortlich machen zu müssen. Wenn der angegriffene Beamte im Recht ist, werden wir uns vor ihn stellen und ihn schützen. Die Arbeiterschaft soll in uns einen warmen Verehrer ihrer berechtigten Belange erblicken können. Entsprechend der Verkleinerung der Vertretungskörper der Gemeinde, des Stadtrats und des Bürgerausschusses, wollen wir betreiben, die noch zu bildenden Kommissionen und Ausschüsse mit weniger Mitgliedern zu besetzen, sie dadurch beweglicher machen und insbesondere auch Mitbürger, die nicht Stadträte und Stadtverordnete sind, mehr als bisher zu ehrenamtlicher Mitarbeit heranzuziehen.  
Wenn es uns gelingt, mit Ihrer Unterstützung und Mitarbeit diese unsere Ziele zu erreichen, wenn wir unserem Volke wieder das Vertrauen zu sich selbst gegeben haben werden, dann werden auch unsere Fernziele in greifbare Nähe gerückt sein, nämlich die Freiheit des Schaffens und Wirkens in gemeinsamer Arbeit, der Friede der Stände und Klassen unseres Volkes untereinander und damit der Friede der Segen des täglichen Brotes. Zum Glück dieser Freiheit: Freiheit, Friede, Brot, muß aber noch ein anderes treten: das schimmernde Gewand der Freude, der Freude an der Arbeit, der Freude an der schöpferischen Kraft unserer Künstler, Wissenschaftler, Erfinder, ja der Freude an eigenen Leben und Erleben, der Lebensfreude schließlich. Der Dreiflang soll zum Vierklang werden und bedeuten Freiheit und Friede, Brot und Freude. Nach ihm wollen wir leben und streben mit dem einzigen Ziele, alle diejenigen, die heute noch uns fremd oder gar feindselig gegenüberstehen, zu überzeugen, daß es mit unserem Willen erübt ist, daß wir kein anderes Ziel kennen, als das, unserem Volke zu dienen mit aller Kraft, deren wir fähig sind. Und wenn wir einst wieder vor Sie hintreten, um Rechenschaft abzulegen, dann wird es unser Lohn und unsere tiefste Befriedigung sein, wenn Sie uns Entlastung geben, wenn Sie uns bestätigen, daß wir sorgsame Haushalter und getreue Knechte gewesen sind. Dann aber ist auch die Zeit gekommen, die das Wort mehr macht: Ein Volk und Ein Gott. Ein Gott, dessen Segen zu unserem schweren Werke wir herabfließen. Dann wird endlich Erfüllung werden dem verheißungsvollen Dichterwort: Das ganze Deutschland soll es sein!

# Karlsruher künftige Kommunalpolitik.

## Die Rede des neuen Oberbürgermeisters.

Dann erhob sich der neue Oberbürgermeister Jäger und verlas eine proklamatorische Erklärung über die künftige Kommunalpolitik:

### Wohlfahrt und Volksgenossen!

Mit dem heutigen Tage hat die nationalsozialistische Bewegung die Verwaltung der Stadt Karlsruhe übernommen und sie wird diese nach ihren Grundgedanken führen, das bedeutet:

### in wirtschaftlicher Beziehung:

Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Gemeinde im Sinne der Volksgenossen des Reichs, vom Stein, das heißt, es soll gegeben werden der Gemeinde, was der Gemeinde ist, und ihrer Bürger, was der Bürger ist.

### Die Wirtschaftspolitik.

Die Gemeinde soll anregen, führen und verwalten, und die Bürgerkraft ausführen und unternehmen; damit ist kein Raum für Selbstbehauptung der Gemeinde auf Gebieten, die dem Privatunternehmertum vorbehalten sind, und kein Recht zum Konkurrenzkampf der Gemeinde gegen ihre eigenen Mitbürger. Alle wirtschaftlichen Experimente, alle sozialen und politischen Versuche, die nicht im privaten Unternehmertum unterlassen sind, sind im öffentlichen Interesse der Gemeinde, die Steuerkraft der Bürger stärken. Diese Steuerkraft ist schonlich zu behandeln, weil der Reichtum eines Landes, einer Gemeinde nur in der Steuerkraft ihrer Bürger, nicht im Ansammeln von Betrieben, Unternehmungen, Grundbesitz, Kapitalien liegt. Die Steuern sind Opfer der Bürger, und wehe der Regierung, die diese Opfer leichtfertig verachtet.

### Lebenswichtige Betriebe mit Monopolcharakter, Gas, Wasser, Elektrizitätswerke usw. müssen im Eigentum der Gemeinde und unter der Kontrolle ihrer Bürger bleiben.

damit nicht über den Umweg des Monopolbetriebs ein Verbrauchssteuerrecht an unpersonale Einzelpersonen, oder anonyme Gesellschaften mit unbeschränkter Profitgier aus der Hand gehen wird. Eine gesunde Tarifpolitik der Werke und Bahnen soll den Erfordernissen der Wirtschaft gerecht werden, der Rhein- und Neckar noch mehr zum Ausgangspunkt wirtschaftlicher Aufschwung unserer Wirtschaft gemacht werden. Die Förderung der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, des Verkehrs sind bedeutungsvolle Aufgaben einer Gemeindevverwaltung. Die Unterstützung des Reiches für das Grenzland Baden und damit auch der Stadt Karlsruhe wird nachzugehen, insbesondere aber auch der Weg der Selbsthilfe zu geben sein für Fremdenverkehrs- und

### Verkehrswesen. Mit dem Verkehrswesen eng verbunden ist die Pflege unserer Straßen.

Hier besteht die Möglichkeit einer Unterstützung bei Durchführung des Planes des Bundes eines Autobahnnetzes von über 4000 km Länge. Die Vorarbeiten der Straße für die Autobahn Frankfurt-Basel werden von besonderer Bedeutung sein für den Anschluß der Stadt Karlsruhe an den Nord-Südverkehr. Es ist beabsichtigt, die städtischen Bauämter von allen den privaten Baugewerke und der freischaffenden Architektenschaft auszuföhren werden. Die Sanierung, Entsumpfung und Entschärfung der Rheintiederung soll im Wege des Arbeitsdienstes in die Wege geleitet werden. Wir hoffen, daß eine in Aussicht stehende Zinsenkürzung sich für den Neubaubestand vorteilhaft auswirken, der Mißbrauch durch Senkung und Nachlässe von Gebäudebesitzer entlastet wird. Die Entschärfung der Gebäude zur Brandversicherung nach Gefährten soll dem städtischen Hausbesitz eine Senkung seiner Aufwendungen erlauben und eine Gegenleistung sein an die Städte für deren außerordentlich große Ausgaben für Feuerchutz. Es sollen Verhandlungen eingeleitet werden zur

### Wiedererrichtung einer freiwilligen Feuerwehr

als vorteilhafte Ergänzung der städtischen Berufsfeuerwehr.

### Kulturpolitik.

Der Wiederantrieb der Wirtschaft soll die Grundlage sein für die Förderung der Kunst, Kunst und Wissenschaft.

Unsere Kultur und Kunst sollen wieder deutlich werden, sie sollen uns wieder schenken die Güter und Werke schaffender deutscher Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler. Nur dann rechtfertigen sie die Steuer- und Opfergaben unserer Mitbürger. Unsere Bibliotheken, Museen, Künstlerwerkstätten sollen uns eine aus den Herzen kommende und zu Herzen gehende Kultur vermitteln, damit unser Volk und namentlich unsere Jugend wieder geistig werden in ihrem Denken und Fühlen. Diese Aufgabe ist so groß, daß sie nicht allein durch Mäzenaten, sondern nur durch Mitarbeiten gelöst werden kann, sie fordert verständnisvolle Unterstützung durch unsere Mitbürger in Gestalt tätiger Mitarbeiter und aktiver Mäzenaten, namentlich derjenigen Kreise, deren höhere Lebensangelegenheiten uns ein Opfer erwarten lassen. Sorgenfänger der Kunst und der Kultur für die Stadt sind das

### Staatstheater und der Stadtpark.

Wir appellieren an die Hilfe unserer an Einkommen oder Vermögen bevorzugten Mitbürger, sie haben die Pflicht des Bürgers durch Betei-

### ligung an den Theater- und Stadtpark-Abonnementen. Sie haben aber auch die Pflicht, den bildenden Künstlern verständnisvolle Förderer zu sein. Die Pflege der Schulen und der Volkshochschulen soll wie bisher uns eine Angelegenheit des Herzens, die Ehrfurchung der Jugend unser größter Stolz sein, da nur die Jugend den Weiterbestand unseres Volkes gewährleistet.

### Finanzpolitik.

Die Grundlage jedes privaten und öffentlichen Haushaltes sind geordnete Finanzen. Wirtschaftliche Verwendung der Gelder soll das Gewerbeleben unserer Mitbürger befördern, jede Senkung der volkswirtschaftlich so unproduktiven Finanzlasten soll zur Steigerung städtischer Aufträge und Senkung der Steuern verwendet werden, die Aufnahme neuer Schulden nur noch gestattet sein für Unternehmen und Arbeiten, deren Ertrag die Gewähr für Leistung von Zins und Tilgung bietet. Sorgfältige Verwal-

lung des Gemeindevormögens ist eine Selbstverständlichkeit. Die Arbeit ist eine vielseitige und umfangreiche, ist doch die Stadtverwaltung der größte Grundbesitzer, der größte Kapitalbesitzer, der größte Betriebsunternehmer, aber auch der größte Schuldner innerhalb der Gemarkung. Das Vermögen der Stadt ist in freiem Steigen begriffen durch Erstellung, Verbesserung und Ausbau von Werken und Unternehmungen aus Anlehensmitteln, deren rasche Tilgung und Abschreibung zwangsläufig immer neuen Vermögenszuwachs bedeutet. Volkswirtschaftlich ist dieser Verlauf nicht erwünscht. Es scheint uns richtiger, daß nicht die Gemeinde als solche reich wird, sondern daß es deren Einwohner werden. Wohlhabende Bürger und eine tüchtige Arbeiterschaft sind für den Bestand einer Gemeinde wertvoller, als ein reicher Besitz der toten Hand.

# Die nächsten Aufgaben.

## Die Antrittsrede des Bürgermeisters Dr. Fribolin.

Bürgermeister Dr. Fribolin ergriff hierauf das Wort zu folgender Ansprache:  
Liebe Mitbürger!  
Aus den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters werden Sie entnommen haben, unter welchen Gesichtspunkten die Verwaltung der Landeshauptstadt Karlsruhe in der letzten neuen Zeit der nationalen Wiedergeburt unseres Volkes weitergeführt werden soll. Oberstes Ziel der neuen Stadtregierung wird sein, in enger Zusammenarbeit mit allen in Betracht kommenden Stellen das Wohl jedes einzelnen Bürgers nach Möglichkeit zu fördern, wobei kein Unterschied nach Stand oder Person, Herkommen oder Vermögen gemacht werden soll. Diese Aufgabe ist, wenn sie ernst genommen wird, eine außerordentlich schwere und bedarf daher des stärksten gegenseitigen Vertrauens zwischen Behörde und jedem einzelnen Volksgenossen. Von dieser Stelle aus bitte ich Sie alle, die Überzeugung zu haben, daß wir Bürgermeister uns immer nur fühlen werden als die ersten Diener unserer Stadtgemeinde, und daß bei allen Entscheidungen, die wir fassen, uns nur der heilige ethische Wille leiten wird, der Gesamtheit zu nützen und dem einzelnen Mitbürger zu helfen, soweit dies irgendwie in unseren Kräften steht. Ich bitte, dabei aber nicht zu vergessen zu wollen, daß, wie alles auf Erden beengt und unvollkommen ist, auch für uns Grenzen gezogen sind, die nicht überschritten werden können. Dies mag in Einzelfällen zu Härten und scheinbaren Unverständlichkeiten führen. Das wird sich bei der Gegenständlichkeit der vielfachen bei der Stadtverwaltung zusammenlaufenden Interessen nie ganz vermeiden lassen; denn das Wundermittel, es allen recht zu

machen, ist bis heute leider noch nicht gefunden worden. Das jedoch bitten wir Sie uns zu glauben, daß jede Entscheidung von uns nach bestem Wissen und Gewissen, vor allem gerecht und uneingeschränkt von selbstständigen Interessen, gefällt werden soll, so wie sich dies vor Gott und dem uns anvertrauten Amt verantworten läßt.  
Wenn gerade ich als Bürgermeister, dem die Abteilungen des Fürstorgans und Bauwesens, also die Ressorts der früheren Bürgermeister Sauer und Schneider unterstellt worden sind, diese Leitfäden besonders betone, so werden Sie gewiß Verständnis dafür haben, wenn Ihnen bekannt ist, wie umstritten gerade diese Gebiete der gemeindlichen Betätigung in der Öffentlichkeit sind und wie schwer es ist, hier immer das Richtige zu treffen und gleichzeitig damit auch die sich oft stark widerstrebenden Belange der Stadt und der verschiedenen Bevölkerungsgruppen miteinander zu vereinen und zu versöhnen. Ich muß deshalb hierbei ganz besonders auf die verständnisvolle Mitarbeit und Unterstützung aller beteiligten Kreise vertrauen. Gestatten Sie mir nun, daß ich aus den Gebieten der mir unterstellten Verwaltung einige die Allgemeinheit besonders interessierende Probleme skizze und Aufklärungen gebe.  
Nach wie vor wird der städtische Haushaltsplan am stärksten belastet durch die gewaltigen Aufwendungen für die öffentliche Fürsorge. Rund 8 Millionen Mark, das sind über ein Fünftel der städtischen Gesamteffektivausgaben, müssen für die rund 16500 Unterstüßungsempfänger-Parteien aufgebracht werden.  
Daraus ergibt sich, daß etwa 30000 Menschen in Karlsruhe, also rund ein Fünftel der ge-



# Ermächtigung für Göring.

## Regierungserklärung im preussischen Landtag.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

WPI, Berlin, 19. Mai.

Neben den akuten, außenpolitischen Fragen, richtete sich gestern das Interesse in der Reichshauptstadt auf die Sitzung des Preussischen Landtags. Auch dieser Sitzung ist eine historische Bedeutung beizumessen. Nach der politischen Gleichschaltung der Länder mit dem Reich ist gestern zum ersten Male der preussische Landtag getreten. Zum ersten Male verfügt eine preussische Regierung im Landtag über eine übermächtige Mehrheit, nachdem es lange Zeit überhaupt unmöglich war, infolge der früheren Mehrheitsverhältnisse im Landtag einen Ministerpräsidenten zu wählen. Der

Es genügt nicht, daß jemand von der marxistischen Partei zu den Nationalsozialisten hinüberwechselt, um damit den Mangel an Fachkenntnissen vergessen zu lassen. Bei Beurteilung der Fähigkeiten spielt das Abzeichen, das der Beamte heute besitzt, keine Rolle.

Ich bin auch entschlossen, gegen jede Angeberei vorzugehen. Heute, die nur jemandem zur Anzeige bringen, um selbst den betreffenden Platz einnehmen zu können, werden in einem lauberen Berufsbeamtentum in Zukunft nicht geduldet. Die Zugehörigkeit zu einer anderen Partei, soweit diese nicht als staatsfeindlich erklärt ist, soll keinesfalls ein Hindernis in der Berufslaufbahn sein.

Nach der Regierungserklärung wurde der nationalsozialistische Gesetzesentwurf auf Annahme des Ermächtigungsgesetzes zur Beratung gestellt. Hierbei ließ zunächst die sozialdemokratische Fraktion durch den Abgeordneten Sallat die Erklärung abgeben, daß die Sozialdemokraten, solange man ihnen die Gleichberechtigung verweigere, dem Gesetz ihre Zustimmung nicht geben könnten und das Gesetz ablehnen müßten. Diese Erklärung gab dem Führer der nationalsozialistischen Fraktion, H. A. Kube, Gelegenheit, sich in scharfer Kampfsprache mit den Sozialdemokraten und ihrer gesamten Politik der vergangenen 14 Jahre auseinanderzusetzen. „Sie haben“, so erklärte der Redner unter Händeklatschen, Beifallsrufen der Regierungsabenteurer und Tribünenbesucher, „alles geschädigt und geschändet, was deutsch war, und alles geehrt und gelobt, was feindlich war! Sie haben das Volk von dieser Stelle aus offiziell und bewußt verleugnet! Sie haben sich nicht geschämt, noch an der Macht festzuhalten, als das Volk Sie mit Ekel und Verachtung ablehnte! Sie wagen es, sich nach der Programmrede des Kabinetts Göring an dieser Stelle noch bemerkbar zu



Ministerpräsident Göring auf dem Weg zur Reichstagsitzung am Mittwoch.

Landtag hat das Ermächtigungsgesetz mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen. Gegen das Gesetz stimmten lediglich die Sozialdemokraten.

Die politische Bedeutung der Sitzung liegt einmal in der

Nehde des Ministerpräsidenten Göring.

Der über die Grundzüge der innerpolitischen Staatsführung und die Verwaltung des größten, deutschen Landes gesprochen hat und dabei in höchster Weise den Grundgedanken der Staatsautorität hervorgehoben hat. Ministerpräsident Göring wies darauf hin, daß die Regierungserklärung, die Reichskanzler Adolf Hitler abgegeben habe, in großen Zügen bereits alles das enthalte, was für alle Länder und alle Regierungen maßgebend sein müsse. Die Regierungserklärung der preussischen Staatsregierung, so fuhr er fort, hat sich deshalb in diesen Rahmen einzufügen und nur dem Ziel des Reichskanzlers gemäß auch ihre eigenen Ziele aufzustellen und zu nennen. Durch das Gleichschaltungsgesetz und die Einsetzung der Reichsstatthalter wurde eine jahrhundertlange Entwicklung im Sinne der Festsicherung und Einigung der deutschen Stämme und des Deutschen Reiches glücklich abgeschlossen. Der weitsehende Blick des Reichskanzlers hat das Richtige erkannt und dieses Wert mit seinem unbegrenzten Willen durchgesetzt. Der Dualismus Preußen — Reich, der seit 1918 mit zur Verwirrung Deutschlands beigetragen hat, ist überall und endgültig beseitigt. Preußen ist in seine alte Mission und seine ruhmreiche Tradition, Grund- und Eckpfeiler Deutschlands zu sein, zurückgeführt worden. Nur in der Zusammenfassung von Preußen und Reich kann Großes entstehen. Bei der Behandlung der einzelnen Gebiete der Verwaltung ging Ministerpräsident Göring auch auf das Beamtengefecht ein und führte dazu aus: Das Gesetz muß sorgfältig und verantwortungsbewußt ausgeführt werden. Wir haben eine Befähigung des Parteibuchbeamtentums nicht vorgenommen, um etwa ein neues Parteibuchbeamtentum heranzuzüchten.

machen. Die von mir geführte Mehrheit dieses Hauses ist aber nicht willens, eine derartige Provokation noch einmal hinzunehmen. Sie haben noch nicht begriffen“, so erklärte der Redner unter lang anhaltendem feierlichen Beifall, „daß Ihre Aufgabe zweierlei enthält: sich zu schämen und zu schweigen.“

Mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den Landtag sind praktisch alle Bestimmungen der preussischen Verfassung außer Kraft gesetzt, die dem Landtag oder dem Staatsrat bei der Schaffung von Gesetzen besondere Vollmachten geben. Außerdem wird die Bestimmung aufgehoben, wonach gegen Gesetze ein Volksentscheid oder ein Volksbegehren möglich ist. Damit ist auch die Führung des größten deutschen Landes in die Hand Adolf Hitlers als Statthalters Preußens und seines Vertreters, des Ministerpräsidenten Göring, gelegt.

# Die Neuorganisation des deutschen Handwerks.

(1) Berlin, 19. Mai.

Der am 3. Mai 1933 neu gewählte Vorstand des Reichsverbandes des deutschen Handwerks trat am 17. Mai zur ersten ordentlichen Vorstandssitzung zusammen, um über schwebende wirtschaftliche und organisatorische Fragen eine einheitliche Linie für die gesamte Berufsstandspolitik herbeizuführen. Im Interesse der Beruhigung und Aufräumarbeit aller Kreise des Handwerks und seiner Organisationen stellt der Vorstand des Reichsverbandes im ersten Einvernehmen mit dem Präsidium des Reichsstandes fest, daß bis zur neuen gesetzlichen Regelung der Berufsständereordnung des Handwerks und seiner Organisationen alle in der Gegenwart bestehenden Organisationen einschließlich der Waren- und gewerblichen Genossenschaften erhalten bleiben müssen. Meldungen, daß bereits gegenwärtig örtliche oder bezirkliche Umänderungen in den Handwerkerorganisationen vorgenommen werden müßten, entbehren jeder amtlichen Grundlage. Die Grundzüge der Neuorganisation und alle diesbezüglichen Mitteilungen werden nur vom Präsidium des Reichsstandes bekannt gegeben. Die Auflösung von Zünften und übergeordneter Verbände darf auf keinen Fall vollzogen werden.

# Großer Protestantentag.

## Am 450. Geburtstag Martin Luthers.

(1) Berlin, 19. Mai.

Die dem Nationalsozialismus verbundene Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ beabsichtigt am 10. November dieses Jahres aus Anlaß des 450. Geburtstages des Reformators Dr. Martin Luther in ganz Deutschland einen großartigen Lutherstag zu befehlen.

Der Reichskulturwart der Glaubensbewegung Alfred Hieschmale entwickelte vor dem Reichskulturrat und dem Glaubensbewegungsrat ein vorläufiges Programm dieser bedeutenden Veranstaltung. Danach soll am 10. November durch ganz Deutschland eine große Welle des Protestantismus gehen. Die Glaubensbewegung, die keineswegs gegen die Kirche kämpft, sondern vielmehr nur die Volksverbundenheit der Kirche wieder herstellen will, sei der Meinung, daß nicht nur eine große Konfession im katholischen Land ihre Anschauungen den breiten Volksschichten vorzutragen solle, sondern daß auch die Veranstaltung eines Protestantentages geboten sei. Man darf danach annehmen, daß die für den 10. Nov. beabsichtigte Feier des Geburtstages von Dr. Martin Luther die regelmäßige Veranstaltung eines Protestantentages in Deutschland einleiten wird.

Wie weiter gemeldet wird, ist nach dem vorläufigen Programm vorgesehen, daß der Lutherstag in ganz Deutschland mit der Durchgabe von Merkblättern durch die deutschen Sender schon in den frühen Morgenstunden beginnen soll. Es sind weiter geplant die Veranstaltung von Schulfeiern, von Festgottesdiensten und am Nachmittage die Durchführung von Kundgebungen in allen deutschen Städten unter Vorantragung von Kirchen- und Sakramentsgaben. Für den Abend sind feierliche Veranstaltungen kirchenmusikalischer oder rhetorischer Art vorgesehen. Auch sollen Kundstunt, Film und Bühne sich auf den Tag durch die Sendung oder Aufführung entsprechender Werke einstellen. Der Hamburger Sender zum Beispiel wird ein Hörspiel „Luthers Berufung“ bringen, ein Werk des Frankfurter

Rundfunkintendanten. In historischen Stunden soll Luther und seiner Mitarbeiter gedacht werden.

# Zusammenschluß der lutherischen Landeskirche.

(1) Berlin, 19. Mai.

Die sämtlichen evangelisch-lutherischen Landeskirchen Deutschlands haben sich, wie der Evangelische Pressedienst erfährt, zusammenschlossen. Der Zusammenschluß ist auf der Grundlage des folgenden Statuts vollzogen worden:

Paragraf 1. Die lutherischen Landeskirchen Deutschlands schließen sich zur Wahrung und Vertretung ihres gemeinsamen lutherischen Bekenntnisses und zur Förderung der daraus sich ergebenden gemeinsamen Aufgaben zu einem lutherischen Zweig innerhalb der werdenden deutschen evangelischen Kirche zusammen unter Vorbehalt der Zukünftigkeit der einzelnen Kirchen im übrigen.

Paragraf 2. Zur Wahrnehmung der in Paragraf 1 bezeichneten Zwecke wird ein Direktorium gebildet, bestehend aus je zwei Vertretern der süddeutschen, der mitteldeutschen und der niederdeutschen lutherischen Landeskirchen, die aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden bestellen.

Paragraf 3. Im Rahmen der Zwecke des Paragrafen 1 ist das Direktorium zuständig 1. zur Vertretung der Landeskirchen; 2. zur Aufstellung allgemeiner Grundzüge für die Ordnung des kirchlichen Lebens.

In das Direktorium wurden gewählt die Vertreter der bayerischen, der württembergischen, der thüringischen, der sächsischen, der hannoverschen und der schleswig-holsteinischen Kirche. Zum Vorsitzenden wurde Landesbischof D. Meiser in München bestellt.

# Die Zukunft des Stahlhelm.

(1) Berlin, 19. Mai.

In der neuesten Nummer des „Stahlhelm“ macht der Bundesführer Reichsarbeitsminister Franz Selbte bemerkenswerte Ausführungen über die Zukunft des Stahlhelm. Darüber, so heißt es u. a., besteht zwischen dem Führer der nationalen Revolution, dem Kanzler des deutschen Volkes, und mir, dem Gründer und Führer des Stahlhelm, keine Meinungsverschiedenheit: Nicht der Organisation des Stahlhelm zuzustimmen, noch weniger mir persönlich zuzustimmen muß der Stahlhelm erhalten werden in seiner Art und in seiner Arbeitsstruktur, sondern um des deutschen Volkes willen. Die Kräfte des alten Soldatentums, die in langer und opferreicher Zusammenarbeit gekämpft und erprobt sind, haben Werte der Tradition und der Bindungen hervorgerufen und lebendig gemacht, die am wenigsten entbehrt werden können, wenn von innen und außen gefährliche Geener das Werk der nationalen Revolution bedrohen. Ich habe Verständnis dafür, daß in Kreisen der nationalsozialistischen Partei die Stellungnahme zu einer politischen, aber nicht parteipolitischen Organisation, wie es der Stahlhelm ist, nicht immer ganz einfach ist. Aber dieses wird sich bei gutem Willen überwinden lassen; denn der Stahlhelm muß sein und bleiben, wie er war, um seiner Aufgabe willen, um des deutschen Volkes und um des Wertes willen, den er für das Schicksal des deutschen Volkes nicht nur gehabt hat, sondern heute hat und in der Zukunft haben wird.

# Reichscharta der deutschen Musikerschaft.

(1) Berlin, 19. Mai.

Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. h. c. Gustav Havemann und seinem Vertreter H. E. Jäger wurde durch die Vertreter der musikalischen Fachverbände ein Reichscharta der deutschen Musikerschaft e. V. als gemeinsame Spitzenorganisation gegründet.

Das Reichscharta wird im wesentlichen aus drei großen Untergruppen bestehen: 1. Einheitsverband der deutschen Berufsmusiker, 2. Reichsverband deutscher Tonkünstler und Musiklehrer, 3. Bund deutscher Konzert- und Vortragskünstler. Außerdem gehören zum Reichscharta die Fachgruppe Musik des Kampfbundes für deutsche Kultur, sowie die Berufsgruppe Musik der NSD. In beiden werden auch die beiden letztgenannten Gruppen ihre Ständevertretung künftig ebenfalls nur in einem der drei genannten Verbände finden.

Die Mitgliedschaft des Reichscharta der deutschen Musikerschaft soll künftig zugleich als Lizenzkarte für die Ausübung des Musikerberufes in Deutschland gelten.

Der Vorstand des neuen Reichscharta besteht aus Anordnung der Leitung der NSD. aus vier Mitgliedern des Kampfbundes für deutsche Kultur und drei Mitgliedern der NSD. unter Führung von Prof. Dr. h. c. Havemann und seinem Vertreter H. E. Jäger.

# Riesendenkmal der Arbeit.

(1) Berlin, 18. Mai.

Der Berliner Magistrat beschloß sich in seiner Sitzung am Mittwoch u. a. mit der Errichtung eines Denkmals der Arbeit in Berlin.

Das Denkmal soll ein wichtiges Gebilde aus Stein oder Bronze werden von riesigen Ausmaßen, fast drei Stockwerke hoch, auf einer Grundfläche von 25mal 25 Metern. Es soll einen Arbeiter darstellen, um ihn werden sich der Gelehrte, der Bauer, der Soldat, der Handwerker, der Künstler, der Gewerbetreibende, die Mutter mit dem Kind und der Kreis gruppieren. Der Bau wird etwa eine Million kosten und soll aus freiwilligen Spenden zusammengetragen werden. Vorfahrt ist die Stadt Berlin.

# „Graf Zeppelin“ bringt Geschenke für Hindenburg und Hitler.

(1) Friedrichshagen, 19. Mai.

Die Kapitän von Zeppelin mittelte, hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ vom Gouverneur von Pernambuco als Geschenk für den Reichspräsidenten von Hindenburg, Reichskanzler Hitler und Reichsminister Göring je einen großen Korb mit brasilianischen Früchten mitgebracht. Diese Geschenke wurden am Donnerstag früh mittels Sonderflugzeug der Deutschen Luftflotte nach Berlin befördert.

## Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nacht 1 Uhr meine herzengute, treubesorgte Gattin, unsere liebe, unvergessliche Mutter, Schwester, Tante und Schwägerin

Frau

# Emma Kiefer

geb. Fuchs

im Alter von 49 Jahren, aus segensreicher Arbeit, plötzlich und unerwartet zu sich in die ewige Heimat zu rufen.

Knielingen, den 18. Mai 1933.

In tiefer Trauer:

## Adolf Kiefer, Metzgermeister und Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle aus statt.



Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver gibt durch seinen starken Seifengehalt prachtvollen, üppigen Schaum! Paket 24 Pfg. — Doppelpaket 44 Pfg.

Fordern Sie bei Bedarf in den einschlägigen Geschäften Gummisauger Gummischwämme Wärmflaschen Haushalt- Handschuhe

# Fromms Act

Gummiwerke  
C. g. r. d. e. t. 1912

Schlafzimmer eiche u. pol., modern, 260 u. 320 A. zu vert. E. Walter, Baldhornstraße 30. Schuppen als Badelboot- oder Wochenendb., gezeig., u. umgebaut, direkt e. Walter geleg., bill. zu vert. Zu erfragen bei E. Dangelstein, Augustenstr. 56, III.

Israel. Gemeinde. Hauptausgabe Kronenstraße Freitag, den 19. Mai: Gottesdienst 7 U. Samstag, d. 20. Mai: Morgengottesdienst 8.30 Uhr. Abendgottesdienst 8 Uhr. Sabbatgottesdienst 9 Uhr. Sabbatgottesdienst 8.45 Uhr. Abendgottesdienst 7 Uhr.

## Empfehlungen

Hilflos, erfahrene Fräulein empfiehlt sich zur Beaufsichtigung von Kindern u. Überwachung der Schulaufgaben in den Nachmittagsstunden. Angeb. unt. Nr. 7002 i. Tagblatt, erb.

Perf. Schneiderin sucht noch einige Stunden länger i. Ausnäh., Reparaturen u. Hemdenarbeiten einfacher und eleg. Damen- u. Kinderkleider, Mäntel u. Kostüme. Tagblatt, 3 Markt. Angeb. unter Nr. 7050 i. Tagblatt.

Noch nie so billige gelblichgelbe Kartoffeln

# Kartoffeln

Zentner Mk. 1.95

ab meinem Lager Zähringerstr. 42 für Zuhör drei Keller 20 Pfg. mehr

# Bucherer

Telefon 302

Abonnenten kauft bei Interenten des Karlsruher Tagblatt.



